

# Protokoll

## Arbeitsmarktpolitische Anhörung

**DIE LINKE. Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft**

**Dienstag, 8. September 2009, 17 Uhr, Rathaus**

### **Vorwort Elisabeth Baum**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen, die nicht nur den Finanzmarkt, sondern auch und in unseren Augen vor allem den Arbeitsmarkt belasten werden.

Aber auch vor dem Eintreten der Krise hat in der Bundesrepublik keine gerechte und soziale Arbeitsmarktpolitik stattgefunden.

Immer mehr Menschen leiden unter der nur auf Kosten reduzierte Politik, die die Menschen vollkommen außer Acht lässt und nur auf Kapital und Rendite ausgerichtet ist – eben Kapitalismus in Reinkultur!

Es gibt Wege aus dieser Sackgasse, in der die Menschen nur als Kostenfaktor mit Ohren betrachtet werden.

Vor diesem Hintergrund hat die LINKE das längst überfällige Thema dieser verfehlten Strategien aufgegriffen und ergebnisoffen eine landesweite Arbeitsgruppe gegründet.

Aus dieser Arbeitsgruppe ergab sich eine Expertenanhörung, die hochkarätig besucht war:

Am 8. September 2009 hörten wir unter anderem Peter Deutschland, Wolfgang Rose, Rainer Volkmann, Peter Petersen, Ralf Krämer und viele andere.

Wir haben über mögliche Wege aus der Arbeitsmarktkrise diskutiert und die Ergebnisse zum Nachlesen hier festgehalten.

**Teilnehmer:**

**Elisabeth Baum (Gastgeberin), Mitglied der  
Bürgerschaftsfraktion der Hamburger LINKEN**

**Peter Deutschland, Vorsitzender DGB Nord**

**Wolfgang Rose, Landesbezirksleiter ver.di Hamburg**

**Ralf Krämer, Abt. Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand  
von ver.di**

**Norbert Hackbusch, Mitglied der Bürgerschaftsfraktion  
der Hamburger LINKEN**

**Peter Petersen, Fachbereichsvorsitzender ver.di  
Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Hamburg**

**Dr. Rainer Volkmann, Wirtschaftswissenschaftler  
Universität Hamburg**

**Hartmut Obens, Betriebsrat Lufthansa Technik Logistik,  
Hamburg**

**Elisabeth Baum**

Ich begrüße euch alle, Sie alle zu unserer heutigen Veranstaltung zur Situation auf dem Hamburger Arbeitsmarkt und zur Situation der Arbeitsmarktpolitik allgemein. Wir haben das Glück, heute sehr viele Sachverständige hier zu haben, die uns viel zum Thema zu sagen haben. Ich stelle sie nur kurz einmal vor: Da ist einmal Rainer Volkmann hier aus Hamburg; da ist Peter Petersen, auch hier aus Hamburg; Ralf Krämer aus Berlin. Einige Herrschaften fehlen noch, ich habe gehört, Wolfgang Rose kommt später, Peter Deutschland ist wohl auf dem Weg.

Bevor wir anfangen: Getränke stehen gratis auf dem Gang – Kaffee, Wasser und auch für die Vitamine ist gesorgt. Wir werden eine kurze Pause machen. Es gibt einen Mitschnitt, hier sind die Mikrofone – allerdings: Die Herrschaften, die außen am Gang sitzen möchte ich bitten, zu den Statements etwas weiter in die Mitte zu kommen, sonst hört man euch später nicht auf dem Mitschnitt, und das wäre sehr schade, wir wollen ja schließlich etwas lernen aus dieser Veranstaltung. Bevor wir jetzt einsteigen in die Thematik möchte ich Hartmut bitten, uns kurz etwas dazu zu sagen.

**Hartmut Obens**

Vielen Dank. Wir möchten uns als Gruppe – Autoren – des Positionspapieres „50.000 neue Arbeitsplätze in Hamburg“ zunächst sehr herzlich bei der Fraktion der Bürgerschaft der LINKEN für die Durchführung dieser Anhörung bedanken. Wir haben Experten eingeladen, die zu diesem Papier und zur Thematik „Arbeitsplätze für Hamburg“ Ausführungen machen werden. Wir als Autoren haben einen längeren Diskussionsprozess gehabt, verstehen dieses Papier als ein entwicklungsfähiges Papier, das schon einige Diskussionsrunden durchlaufen hat; und auch die heutige Anhörung, die Diskussion, die Fragen, die heute hochkommen werden, sollen Bestandteil der Fortentwicklung dieses Papiers sein.

Für uns war wichtig, dass auch aus dem Kreis der Partei DIE LINKE in Hamburg ein solcher Anstoß kommt. Es war uns wichtig, den Versuch zu unternehmen, arbeitsmarktpolitische und regionalökonomische Aspekte zur Arbeitsmarktsituation in Hamburg zusammenzuführen und ein schlüssiges Konzept, ein haushaltspolitisch begründbares Konzept zur sofortigen Finanzierung von bis zu 50.000 Arbeitsplätzen vorzulegen. Das hat dazu geführt, dass wir uns in einem Arbeitskreis zusammengefunden haben. arbeitsmarktpolitisch orientierte, wirtschaftspolitisch orientierte Kollegen

und Genossen haben sich zusammengefunden und das Papier entwickelt. Soweit zum Ansatz. Ich würde sagen, wir können später gern noch diskutierten, Fragen klären, wie es weitergehen soll. Wichtig ist für uns auch die Feststellung, dass zum Wahltermin am 27. September dieses Papier natürlich nicht abgeschlossen sein wird. Vielmehr entspricht es unserem Verständnis, dass dieses Papier fortzuentwickeln sein wird, auch und gerade wegen der Situation nach dem 27. September, wenn die Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze ganz brisant werden wird, im Herbst/Winter dieses Jahres und 2010. Soweit meine Vorbemerkungen, und jetzt würde ich die beiden Mitautoren bitten, jeweils zu ihren Schwerpunkten weiterzumachen.

### **Peter Petersen**

Wir haben das vorliegende Papier arbeitsteilig erstellt, ich habe den arbeitsmarktpolitischen Teil geschrieben und Rainer den wirtschaftspolitischen Teil. Ich fange mit dem arbeitsmarktpolitischen Teil an:

Klar ist, dass die Arbeitslosigkeit zum zentralen Thema der nächsten Jahre wird. Es ist bekannt, dass die Arbeitslosenzahlen innerhalb der nächsten 12 bis 18 Monate dramatisch ansteigen werden. Es gibt Prognosen, die jetzt vor der Wahl – von den Regierungsparteien zumindest – weitgehend kleingeredet werden. Die OECD-Prognose rechnet mit einem Anstieg der offiziellen Arbeitslosenzahl auf 5 Mio. im nächsten Jahr.

Wie man weiß, ist die offiziell genannte Zahl der Arbeitslosen keine ganz richtige Zahl. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen liegt praktisch etwa doppelt so hoch wie die, die offiziell verkündet wird. Die aktuellen Zahlen, die auf der Bundesebene verkündet wurden, sagen aus, dass wir im Juli etwa 3,45 Mio. Arbeitslose hatten. Aber gleichzeitig gibt es über 6 Mio. Bezieher von Lohnersatzleistungen, entweder Arbeitslosengeld I oder Arbeitslosengeld II sowie andere Leistungen, die von den Arbeitsagenturen oder Argen gezahlt werden. Das ist alleine schon eine Differenz von 2,6 Mio. Personen.

Laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind über 2,35 Mio. Menschen als arbeitsuchend gemeldet, werden aber nicht als arbeitslos gezählt. Wenn jemand sich als arbeitsuchend meldet, tut er das in der Regel, weil er arbeitslos und auf Job-Suche ist. Insofern ist es völlig unverständlich und sachlich nicht nachvollziehbar, außer aus relativ durchsichtigen Gesichtspunkten der Bilanzverschönerung oder auch -fälschung, dass man diesen Personenkreis nicht mitzählt.

Ein Teil dieser nicht als arbeitslos geltenden Arbeitslosen, nämlich 1,62 Mio. Menschen befinden sich in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Selbst dem FDP-Generalsekretär Dirk Niebel ist es aufgefallen, dass man diese Menschen eigentlich zur Arbeitslosenzahl dazu zählen müsste.

Allein damit läge die Arbeitslosenzahl schon jetzt über 5 Mio.

Zu berücksichtigen ist auch die Zahl der Kurzarbeiter: Es gibt zurzeit zwischen 1,1 und 1,4 Mio. Kurzarbeiter in Deutschland (die Schätzungen sind unterschiedlich, weil die korrekten Zahlen immer drei Monate nachträglich geliefert werden). Die Ausfallquote bei der Kurzarbeit liegt im Durchschnitt bei etwa 35 %. Man könnte daher sagen, dass eigentlich noch einmal 350.000 bis 400.000 weitere Personen potentiell arbeitslos sind.

Weiterhin gibt es eine nur zu schätzende Dunkelziffer von Menschen, die arbeitslos sind sich aber nicht arbeitslos melden, weil sie keine Leistungsansprüche haben, weder auf Arbeitslosengeld I noch auf Arbeitslosengeld II (z.B. weil sie von ihrem Lebenspartner mitfinanziert werden sollen oder ein „zu hohes“ Vermögen haben, z.B. in Form von Versicherungen für das Alter, welche lt. SGB II zunächst verbraucht werden muss).

Vorsichtig geschätzt kommt man mit diesem Personenkreis auf ca. 6-7 Mio. Arbeitslose, also auf das Doppelte der offiziell verkündeten Zahl.

Wenn man sich die Zahlen in Hamburg ansieht, kommt man zu ähnlichen Ergebnissen. Für August wurden jetzt folgende Zahlen bekannt gegeben:

- die offizielle Arbeitslosenzahl liegt mittlerweile über 80.000,
- die Zahl der Arbeitsuchenden bei 140.000,
- die Zahl der Leistungsempfänger bei 164.000.

Auch hier kann man die doppelte Anzahl von Arbeitslosen im Vergleich zur offiziellen annehmen, wobei die Zahl der nicht gemeldeten Arbeitslosen noch gar nicht dabei ist.

In Hamburg gibt es zur Zeit 23.000 Arbeitslose, die in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme stecken.

Es gibt weiterhin ca. 30.000 Aufstocker – also Personen, die zwar irgendeinen Job haben (z.B. einen Mini-Job), der aber so schlecht bezahlt ist, dass sie davon allein nicht leben können und darum zusätzlich ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen. Der größte Teil dieser Aufstocker, die

eigentlich auf der Suche nach einem regulär bezahlten Vollzeitjob sind, ist daher auch der Arbeitslosenzahl zuzurechnen.

Wir haben uns dann überlegt, welche Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik notwendig sind, um einen tatsächlichen Abbau der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Der Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik liegt seit nunmehr vier Jahren sowohl im Bund als auch in Hamburg im Bereich der Ein-Euro-Jobs.

Die Zahlen für Hamburg: Zurzeit sind 9.500 Personen in einem Ein-Euro-Job „beschäftigt“. Zur Qualität dieser sog. Arbeitsgelegenheiten muss man hier nicht mehr viel sagen.

Im Prinzip reicht es immer wieder zu zitieren was der Bundesrechnungshof dazu sagt. Das ist nun wirklich keine besonders arbeitnehmer- oder arbeitslosenfreundliche Institution, sondern eher eine staatstragende Institution, die das Ausgabeverhalten der Regierung zu überprüfen hat. Die hat also festgestellt, und zwar in mehreren Prüfungen bereits, ich zitiere das mal:

„Zwei Drittel der geprüften Maßnahmen erfüllten nicht die gesetzlichen Fördervoraussetzungen. In 8 von 10 beanstandeten Fällen war die Tätigkeit nicht zusätzlich [...] In der Hälfte der beanstandeten Fälle stand die Tätigkeit nicht im öffentlichen Interesse.“

„Die Arbeitsgelegenheiten blieben aus Sicht des BRH bei drei von vier Hilfebedürftigen weitgehend wirkungslos. Messbare Integrationsfortschritte waren nicht erkennbar.“

„Den Grundsicherungsstellen war häufig, insbesondere bei teilnehmerstarken Maßnahmen nicht bekannt, welche konkreten Tätigkeiten die Hilfebedürftigen ausübten.“

Das sagt eigentlich alles, das ist eigentlich ein eindeutiges Votum dafür, zu fordern, sogar aus Staatssicht zu fordern, Ein-Euro-Jobs unverzüglich abzuschaffen.

Ein-Euro-Jobs verbessern nicht die Vermittlungsfähigkeit der Beschäftigten. Auch das ist statistisch nachgewiesen, u.a. durch das IAB, das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit selbst.

Ein-Euro-Jobs verstoßen des Weiteren mit hoher Wahrscheinlichkeit auch gegen das Pflichtarbeitsverbot des Völkerrechts, das ist durch ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung festgestellt worden.

Ein arbeitsmarktpolitischer Nutzen ist also nicht erkennbar. Was aber erkennbar ist: dass ein massiver Missbrauch von Ein-Euro-Jobs stattfindet durch öffentliche und private Stellen.

In unserem Papier sind hier zwei Beispiele unter vielen genannt:

Diejenigen, die heute in den neu errichteten Schulkantinen zur Versorgung der Schüler eingesetzt werden, sind nahezu ausschließlich als Ein-Euro-Jobber beschäftigt. Das ist ein Skandal! Es handelt um eine reguläre, zusätzliche Beschäftigung, für die eigentlich die Stadt Hamburg Menschen ganz normal einstellen müsste, was sie aber nicht tut. Sie überlässt das den Schulvereinen, die dann bei der Arge darauf drängen, dass die Ein-Euro-Jobs genehmigt werden, damit die Kinder irgendwie versorgt sind.

Diese Ein-Euro-Jobs sind nicht zulässig, die Tätigkeit ist zwar im öffentlichen Interesse, aber es sind keine zusätzlichen Jobs, es sind Regeltätigkeiten, die auch regulär bezahlt werden müssen. Ähnliches kann man sagen über die Gartenpflege in einigen privaten Altersheimen, die ebenfalls von 1-€-Jobbern durchgeführt wird. Es gibt noch viele andere Beispiele.

Das Problem ist, dass diese Fälle eigentlich nur bekannt werden, wenn sie gemeldet und skandalisiert werden. Selbst im Beirat der Arge, wo ein Kollege von mir sitzt, ist es so, dass man dort keinen Überblick darüber bekommt, auf welche Tätigkeiten und Betriebe die Ein-Euro-Jobs verteilt sind.

Daher ist eine zentrale Forderung: Ein-Euro-Jobs müssen abgeschafft und durch reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Ein großer Teil der Tätigkeiten, die zur Zeit in 1-€-Jobs geleistet werden, sind sinnvoll und notwendig, daher müssen sie auch entsprechend normal tariflich und versicherungspflichtig bezahlt werden.

Die derzeit bestehenden ca. 9.500 Ein-Euro-Jobs sind in 9.500 reguläre Arbeitsplätze in einem öffentlichen Beschäftigungssektor umzuwandeln.

Diese Umwandlung würde Mehrkosten in Höhe von ca. 100 Mio. Euro gegenüber den gegenwärtigen Kosten der 1-€-Jobs zur Folge haben. Im Vergleich zu den Summen, die für andere „Schutzschirme“ z.B. im Bankensektor bereitgestellt werden, ist das eigentlich ein Klacks.“

Die zweite Forderung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik ist ein massiver Ausbau der beruflichen Qualifizierung. Es ist mittlerweile in der bildungs- und in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion völlig unstrittig, dass eine gute Qualifizierung am besten gegen Arbeitslosigkeit schützt und dass diejenigen Arbeitslosen mit einer schlechten Qualifikation eben auch die schlechtesten Chancen haben, auf dem Arbeitsmarkt einen Job zu finden.

Festgestellt worden ist bei Evaluationen, die im Nachgang zu den Hartz-Gesetzen stattgefunden haben, jetzt auch noch einmal, dass langfristige und abschlussbezogene Weiterbildungsmaßnahmen diejenigen sind, die die nachhaltigste Wirkung für die Beschäftigungschancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Kurzfristige Maßnahmen können dagegen vielleicht dazu dienen, dass jemand schnell irgendeinen Job findet, ihn aber auch schnell wieder verliert, weil es eben nur Puzzle-Teilchen sind, die dort erlernt werden, aber keine grundlegende Qualifizierung.

Zur nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen die Ausgaben für Qualifizierung massiv gesteigert werden. Leider haben wir in den letzten fünf Jahren (seit Hartz) das Gegenteil erlebt.

In den 1990er Jahren gab es eigentlich noch eine ganz ordentliche Qualifizierungspolitik von Seiten der BA: im Jahresdurchschnitt etwa 500.000 Teilnehmer, davon rd. 30 % im Bereich Umschulung.

Heute haben wir bundesweit ca. 230.000 Teilnehmern (in Hamburg ca. 6.000 Teilnehmer) in Weiterbildungsmaßnahmen, zum allergrößten Teil in kurzfristigen Maßnahmen von teilweise nur wenigen Wochen. Der Anteil der Umschulungen liegt in Hamburg bei etwa 10 % (ca. 600 Teilnehmer).

Unsere Forderung lautet: die Zahl der Umschulungen in Hamburg muss mindestens verzehnfacht werden.

Zu überlegen ist auch, wie Qualifizierungsmaßnahmen für Kurzarbeiter verstärkt werden können. Die derzeitige Regelung hat sich als totaler Flop herausgestellt. Von den über eine Mio. Kurzarbeitern in Deutschland haben gerade einmal 40.000 an irgendeiner Qualifizierungsmaßnahme teilgenommen. Das liegt auch daran, wie die Regelung konstruiert worden ist.

Für die Arbeitgeber fehlt der Anreiz zur Qualifizierung ihrer Mitarbeiter, weil sie bei mehr als sechs Monaten Kurzarbeit sämtliche Sozialversicherungsbeiträge ersetzt bekommen, auch ohne Qualifizierungsmaßnahmen. Möglich wären auch (bei einer anderen Regelung) bei bis zu 24 Monaten Kurzarbeit die Teilnahme an langfristigen Qualifizierungen zu fördern.

Auch für die massive Ausweitung von beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen haben wir die Kosten berechnet, auch die sind mit ca. 90 Mio. Euro relativ überschaubar.

## Rainer Volkmann

Erst einmal möchte ich persönlich nur ganz kurz sagen wollen, ich erwarte mir von der heutigen Sitzung, dass herauskommt, was auch dem Wunsch vieler anderer entspricht, dass diese Konzeption, die ja extra nur in Ansätzen vorliegt und auch im Seitenumfang begrenzt sein musste. Deshalb ist dann auch vieles weggefallen. Aber ich denke, dass diese Konzeption eine Chance zur Entwicklung eines alternativen wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptes der Linken darstellt.

Dazu braucht man Zeit und auch Mitarbeit vieler Anderer. Es wäre schön, wenn das herauskäme. Dann noch eine kurze Bitte, es ist auch schon angedeutet, was die Sprachregelung angeht. Es ist eine gewisse Einigung, zu sagen, dass alle Maßnahmen, die unmittelbar am Arbeitsmarkt ansetzen, Arbeitsmarktpolitik genannt werden. Ein zweites ist, man kann Arbeitslosigkeit auch bekämpfen, in dem man auf der Gütermarktseite die Nachfrage beeinflusst und darauf hofft, dass mit der höheren Produktion sich auch entsprechend die Beschäftigung erhöht. Das nennt man Beschäftigungspolitik.

Ich würde bitten, diese Sprachregelung zu übernehmen, um uns auch die Zuordnung der Beiträge zu ermöglichen. Und noch eins kurz, das mag ein wenig erschrecken, und ich bitte mir zu verzeihen, aber ich finde es schon wichtig, dass man – um auch eine Duftmarke zu setzen – zunehmend versucht, auch eine theoretische Verortung unserer Konzepte hinzubekommen, bevor es vielleicht – nicht jetzt hier an diesem Abend und bei dieser Gelegenheit – zu eher voluntaristischen Ausführungen kommt. Und damit bin ich auch gleich bei diesem zweiten Teil was die theoretische Einordnung anbelangt.

Es beginnt etwa bei dem Punkt 4. Es ist ein wenig eine – die meisten werden mit diesem Wort etwas anfangen können – keynesianische Orientierung, nicht im Sinne eines hydraulischen Vulgarkeynesianismus aber in der Tat schon der Versuch, auch die staatlichen Gebietskörperschaften zu beanspruchen in ihrer Verpflichtung, die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme zu lösen. So ist das zu verstehen. Kurz vorweg, weil ich das aus vielen Referaten und Vorträgen auch selbst erlebt habe. Es gibt Vorbehalte gegenüber diesem Wort und den damit verbundenen Vorstellungen, dass Beschäftigungspolitik über Güternachfrage die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Das eine Argument – ich will es schnell abtun – war aus den 1970er Jahren als die so genannte Stagflation, als Inflation und Stagnation zusammentrafen, da war für so eine

staatliche Nachfrageorientierungspolitik nicht so ganz klar, was wir machen. Erhöhen wir die Nachfrage steigt die Inflation, reduzieren wir sie, dann geht das Wachstum noch weiter in den Keller. Da kam man nicht weiter. Das ist vorbei. Wir haben keine solchen Sorgen über Inflation.

Das zweite ist- ich hab selbst sehr oft gehört: „Na ja, Keynes ist gut gemeint, aber es hat nichts gebracht.“ Ich möchte das ganz deutlich nur kurz abstreifen. Das ist falsch! Wenn es überhaupt eine Zeit gegeben hat, in der staatliche Nachfrageprogramme, wie wir sie ja auch in unserem Papier vorschlagen, initiiert worden sind, ist gleichzeitig – das wissen die wenigsten – eine dermaßen hohe Sparpolitik betrieben worden, ich will nur ein Stichwort nennen, wir können später noch in der Diskussion darauf eingehen. Das größte Beschäftigungsprogramm war 1976 bis 1979 das Zukunftsinvestitionsprogramm von 16 Mrd., 13 Mrd DM. Gebietskörperschaften, Kofinanzierung durch Private. Und in diesen drei Jahren sind gleichzeitig Sparbeschlüsse erfolgt in Höhe von 22 Mrd. So widersprüchlich wie das scheinen mag, aber wer jetzt die HSH-Nordbank-Ereignisse etwas reflektiert, ist dann nicht überrascht wie chaotisch es manchmal zugehen kann. Genau das war sogar in den 70er Jahren. Kein Wunder, dass dann für viele herauskam, das hat alles nichts gebracht. Sie übersehen die erhebliche Sparpolitik von noch größerem Ausmaß als die expansiven Politikmaßnahmen.

Ich komme jetzt zu unserem Programm und unterstelle, dass es gelesen worden ist, und will Ihnen einfach noch mal ein paar Duftnoten setzen – nicht alles nochmal, weil das – wie auch gesagt wurde – gelesen ist.

Wir berücksichtigen in unseren Vorschlägen für Auftragsvergabe auch Initialzündungen von den Gebietskörperschaften, hier vom Senat, sehr konzentriert überwiegend in arbeitsintensive Bereiche. Arbeitsintensive Bereiche heißt, der Auftrag schlägt sich etwas stärker nieder, als wenn es als Alternative dazu kapitalintensive Bereiche wären, die im Zweifelsfall auch sehr groß sind und eine lange Vorlaufzeit haben, bis die Investitionsvorhaben realisiert sind. Wir wollen kurzfristig reagieren mit der Begünstigung der kleineren Betriebe, bevorzugt Handwerksbetriebe. Das sind die schwarz herausgehobenen Beispiele, in denen Maßnahmen zum qualitativen Wachstum aufgeführt sind, also eher arbeitsintensive, kleinbetriebliche Bereiche. Gleichzeitig sind diese gekennzeichnet durch eher unterdurchschnittliches Einkommen für den Handwerker. Das beides ist sehr wichtig auch für eine wissenschaftliche Begründung, dass wir durchaus Beschäftigungseffekte erwarten. Nämlich kleine Einkommen werden zur Gänze konsumtiv ausgegeben und transportieren dann weitere expansive Nachfrageeffekte und initiieren damit auch weitere indirekte

Arbeitsplatzeffekte – im Zuliefererbereich – und die damit entstandenen Einkommen schaffen dann noch induzierte Arbeitsplatzeffekte. Zum Abschluss will ich dann kurz auch noch nennen, als Beispiel nur, wie so etwas gemacht wird etwa im Fall von Berlin Adlershof, beim Gesundheitscluster Berlin, bei den ganzen Bewerbungen für Olympische Spiele werden alle großen Sportstätten auf diese sogenannten Multiplikatoreffekte überprüft. Die Gutachten liegen vor und ich hab sehr viele mitgebracht, aber nur für den Fall, dass noch einmal ein Beleg erfolgen sollte.

Erster Punkt bei uns ist:

Wir wollen eine Ausweitung der öffentlichen Güterproduktion. Da sind unmittelbar der Senat und sein Ausgabeverhalten gefordert. Inhaltlich wird es begründet damit, dass wir etwa im Vergleich zu 2004, was nicht so lange zurückliegt, einen Verlust an Arbeitskräften im öffentlichen Dienst haben von rd. 17.000, davon sind ca. 10.000 bei Asklepios, das ist ein wenig „außen vor“. Wir fordern schnell oder mittelfristig realisierbar ein Programm, was etwa 6.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst finanziert. Das wäre in etwa das, was im Jahre 2004 das Niveau der öffentlichen Beschäftigung (ohne Asklepios) war. Auch unter dem Aspekt, dass sehr viele, insbesondere die, die ein geringeres Einkommen als der Durchschnitt haben, oft angewiesen sind auf die „zweite Lohntüte“. D.h., eine in Ansätzen kostenlose Zurverfügungstellung von öffentlichen Gütern. Gleichzeitig sind sie Hort der Arbeitsplatzschaffung, wenn sie produziert werden, und gleichzeitig haben sie so einen Hauch von Armutsbekämpfung, wenn öffentliche Güter nur über Beiträge oder Gebühren, aber quasi kostenlos, zur Verfügung gestellt werden, weil ja nicht das Marktausschlussprinzip gilt. Da sind ein paar Zahlen in unserem Papier genannt worden

Das zweite ist: Mit dem Begriff des qualitativen Wachstumspfades wollen wir den privaten Sektor einbinden, insbesondere das arbeitsintensive, also das kleinere Gewerbe. Dabei treffen wir auch eine Auswahl in dem Sinne, als dass derjenige, der sich über subventionierte und geförderte Programme beteiligt – Anreizsysteme sind ja gegeben durch die Finanzierung der Wertschöpfung – an der Entwicklung einer Produktion zunehmend privater, aber eben auch sozial orientierter, qualitativer Güter, einen Vorteil hat. Das geht von Wohnumfeldverbesserung bis – Beispiele sind aufgeführt. Für diese gilt: Relative hohe Arbeitsintensität und die Kleinteiligkeit der Auftragsvergabe. Letzteres hat der Senat mit seiner Konjunkturinitiative bis zum Ende 2010 auch noch einmal sinnvoll erleichtert, dass die Auftragsvergabe bis zu einer weit höheren Summe auch beschränkt vergeben werden kann. Dann haben wir durch die Berücksichtigung dieser

eher niedrigen Einkommensbereiche in der Produktion – Handwerk und so weiter – auch hohe Konsumquoten, weil die Leute, die dort arbeiten, nicht einen Teil ihres Einkommens, das sie zusätzlich bekommen haben, bei den Kaiman-Inseln anlegen, sondern es konsumtiv verwenden. Und damit haben wir etwas, was so ein bisschen ein Zauberwort ist, den Multiplikatoreffekt mobilisiert, von dem vielleicht auch in der Diskussion noch die Rede sein wird.

Ich will einen weiteren Aspekt noch nennen, nämlich noch kurz zur Finanzierung: Hier will ich auch nicht alles aus dem Papier anführen. Wir haben die Steuerprüfung – jetzt einmal wahlweise – noch herangezogen. Da sind die Quellen auch angegeben, und haben sogar noch mit der Aufforderung, verstärkt Steuerprüfungen zu unternehmen, nur eine Verbleibquote der zusätzlichen Steuern, die durch Steuerprüfungen, na, sagen wir mal entdeckt worden sind, von 12 % angenommen in unserer Rechnung. Da ist immer noch eine stille Reserve, aus der wir schöpfen könnten auf zusätzliche Millionen, nur sind sie erst mal noch nicht explizit hier aufgeführt worden. Nur mal so, weil ich zufällig die Zahlen im Kopf habe, dass diese Verbleibquote bei der Steuerprüfung auch höher sein könnte, wir haben aber nur 12 % angesetzt in unseren Berechnungen. Hamburg hatte im Jahr 2005, das liegt ein wenig zurück, 44 Mrd. Euro Steuern eingenommen. Davon verblieben im Hamburger Haushalt exakt 7 Mrd., alles andere geht über Zerlegung und Finanzausgleich woanders hin, an den Bund und an die anderen Länder. Wenn man das einordnet, sind das 16 %. Wir haben aber nur 12 % angenommen bei der Erfassung zusätzlicher Steuereinnahmen aufgrund umfangreicherer Überprüfung. Dann ist z.B. noch einiges zu finanzieren durch Umschichtungen. Da haben wir auch ein wenig diskutiert, weil wir auch immer gegenrechnen müssen, wie groß bei Umschichtungen die Entzugseffekte sind. Das mag unterschiedlich ausfallen, ist aber eine seriöse Vorgehensweise, die vor allem vorher auch verlangt, dass wir entscheiden, was ist eine politisch bestimmte Argumentation zur Schaffung von Arbeitsplätzen und was ist eine fachliche. Das bei der Elbphilharmonie angewendet mag auch ein bisschen einfach sein, weil, wie ich am Wochenende gelesen habe, sehr viele Glassachen aus Baden-Württemberg kommen. Gut, damit kann man vielleicht leben, aber bei anderen Sachen wird es schon etwas pingelig, da muss man schon genau hinsehen, ob man bei Umschichtungen nicht auch Arbeitsplätze verliert. Beim Landesrechnungshof, den haben wir kritisch überprüft, wird man auf der Suche nach Finanzierungsquellen auch fündig, da sich der Verdacht bestätigt hat, dass sehr viel Ausgaben angesiedelt sind bei der Profitifizierung und eher wenig für die Finanzierung realwirtschaftlicher Arbeitsplatzeffekte. Ähnlich auch unsere Verwunderung, dass bei ppp-

Projekten sehr viel zurückgelegt wird für vermeintliche Risiken, die eintreten können – oder auch nicht, also Gelder brach herumliegen, was der Landesrechnungshof auch kritisierte. Wir haben Beispiele aufgeführt

Zur Diskussion möchte ich auch noch sagen: Wir hatten auch eine Diskussion und haben es dann erst mal dabei belassen, ob wir auch zum Instrument der Steuererhöhung greifen. Nur ein Beispiel: Grundsteuer 10 % mehr und in einem Guss gerechnet hieße das, dass bei einer 65 qm großen Wohnung im Jahr insgesamt 18 Euro mehr an Grundsteuern – wenn es vollständig überwälzt wird – anfallen. Da war uns unklar, ob Steuererhöhungen von der politischen Duftmarke auch in die politische Landschaft passen. Wir können es mit gutem Gewissen auch lassen, weil man zur Not immer noch darauf zurückgreifen kann. Zumal die Grundsteuererhebung auch die Besserverdienenden trifft, die sich dann ja beteiligen würden an der Finanzierung unseres Gesamtprogramms.

#### *Zwischenruf und Geplänkel*

O.k., was der Kern ist, ist allen ziemlich klar, es ist ein Auswahlprogramm was direkte, dann indirekte Vorlieferbereiche begünstigt und induzierte Arbeitsplatz- und Einkommenseffekte schafft.

Ich würde dann als letztes sagen, dann verweise ich auf die anschließende Diskussion, was diese anderen Untersuchungen, die es in der Bundesrepublik regelmäßig gibt zu den Effekten solcher regionalen Programme, die kann man beizeiten auch mal benennen, ich hab sie jedenfalls hier liegen. Zu denen sag ich jetzt gar nichts, nur dass Multiplikatoreffekte so um die Zwei schon sehr realistisch sind. Und als letztes ein Argument, was oft kommt: Hamburg hat bei solchen Ausgabenprogrammen doch zu gegenwärtigen die Importquote. Es gibt vom Statistischen Bundesamt von 2002 eine Untersuchung, abgebildet in Wirtschaft und Statistik 2007 [...], in der die Importquote des Dienstleistungssektor 4,1 % ist. D.h., Hamburg als Dienstleistungsstadt läuft überhaupt nicht die Gefahr, dass irgendwelche Sickerverluste in überdurchschnittlichem Maße dadurch, dass Hamburg einen Hafen hat, verlustig werden. Das hat was zu tun damit, dass der Hamburger Hafen Aufgaben des Importes übernimmt für andere Bundesländer, ja auch für andere Länder zum Teil und sich die Konsumstruktur eines Hamburgers ja nicht systematisch unterscheidet von der eines Hannoveraners. Von daher sind viele Argumente, die man mal so hört, zu entkräften.

## Peter Deutschland

Ich sage erst mal herzlichen Dank für die Einladung.

Peter Petersen hat zu Beginn deutlich gemacht, dass die Arbeitslosen-Statistik nicht die ganze Arbeitslosigkeit abbildet; dem ist letztendlich nichts hinzuzufügen. Auch wir als DGB sagen: Es gibt 3,4 Mio offiziell gemeldete Arbeitslose; und dann kommen dazu noch weiter rund 1,6 Mio Menschen, die auch Arbeit suchen, sich aber in den verschiedensten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden, so dass die tatsächliche Arbeitslosenzahl doch deutlich über fünf Millionen liegt. Selbst die Bundesagentur für Arbeit weist die Unterbeschäftigung mit 4,4 Millionen aus.

Von dieser Gefechtslage ausgehend, sind das immerhin fast eine viertel Million Menschen mehr, die jetzt arbeitslos sind als noch vor einem Jahr. Negativ schlägt in der Arbeitslosenstatistik zu Buche, dass die Zahl der gemeldeten offenen Stellen rückläufig war und nur für jeden zehnten Arbeitslosen ein Arbeitsplatz zur Verfügung stand.

Und insbesondere natürlich in dieser Finanz- und Krisensituation wird auch deutlich, dass Hartz-IV näher rückt. Das ist überhaupt gar keine Frage. Viele Menschen, die arbeitslos werden, haben gar keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld, sondern rutschen gleich ins Hartz IV-System ab.

Es ist eben eine ganz neue Krisenerfahrung für die Betroffenen und viele Erwerbstätige, dass sie bei eintretender Arbeitslosigkeit direkt in Hartz-IV hineinkommen. Das sind nicht wenige. Es sind insbesondere auch befristet Beschäftigte und vor allem sind viele Leiharbeitsplätze betroffen. Allein im ersten Halbjahr 2009 sind 2,1 Millionen Menschen aus der Erwerbstätigkeit heraus arbeitslos geworden und davon sind 650.000 direkt Hartz-IV zugewiesen worden. Darunter fallen die Ein-Euro-Jobber in öffentlicher Beschäftigung, deren Projekte nicht weitergehen. Da macht sich der prekäre Arbeitsmarkt mehr als deutlich und deshalb ist hier auch dringender Handlungsbedarf geboten.

Aus Sicht des DGB haben wir dazu Vorschläge entwickelt, z. B. die Ausweitung des Transfer-Kurzarbeitergeldes. Dazu gibt es ein ganzen Katalog, den würde ich mir jetzt mal verkneifen, ihn hier vorzutragen bzw. vorzulesen. Ich finde aber, das ist ein ganz wichtiges Instrument. Dabei kommen wir an dem Instrument von Transfergesellschaften nicht vorbei. Beim Stichwort Werftenkrise beispielsweise spielt das eine große Rolle,

und ich kann mir das durchaus auch bei einigen Unternehmen hier in Hamburg vorstellen. Darüber hinaus spielt auch bei uns in der politischen Debatte, im Rahmen des Wahlkampfes, die Einführung eines befristeten Übergangsgeldes eine große Rolle. Wenn jemand jetzt von der Arbeitslosigkeit betroffen ist und nicht vermittelt wird, dann ist er je nach Anwartschaften schnell bei Hartz-IV. Solange die Finanz- und Wirtschaftskrise andauern, müssen wir mit zusätzlichen Sicherungsinstrumenten arbeiten, die wir ja früher hatten.

Wir haben auch in den Gewerkschaften die Diskussion, inwieweit wir auch flexible Teilzeit während der Wirtschaftskrise befürworten (wir nennen das Krisenteilzeit als Arbeitstitel). Das kann durchaus greifen. Zumindest aber sollten, wenn jemand in Teilzeit geht, die Beiträge zur Rentenversicherung nicht gekappt werden. Wir befinden uns da noch in der Diskussion.

Wenn ich jetzt auf euch zu sprechen komme, also euer Konzept für 50.000 neue Arbeitsplätze in Hamburg, und wenn ich mir das hier im Einzelnen so anschau, dann denk ich, es ist durchaus berechtigt und auch richtig. Und wenn ich mich auf Peter Petersen beziehe, der ja dabei mitgemacht hat, ist völlig klar, dass die Statistik der BA zu wünschen übrig lässt, weil vieles geschönt ist und vieles unter den Tisch fällt, weil sie die Arbeit schließlich nicht nur von sich aus macht, sondern vieles durch die Politik und den Gesetzgeber, der Behörde als solcher, vorgegeben bekommt.

Das muss man natürlich immer auch als eine politische Frage bewerten. Beim Thema der Ein-Euro-Jobs, da sind wir überhaupt nicht auseinander, wollen wir die Zahl erheblich reduzieren. Im Einzelfall – zur Arbeitserprobung – sind Ein-Euro-Jobs sinnvoll, das will ich nicht in Abrede stellen, aber nicht in dieser massenhaften Ausweitung; das kann überhaupt nicht zielführend sein. Das haben wir auch immer kritisiert.

Wir müssen auch bei der beruflichen Bildung wieder weg von den kurzfristigen Trainingsmaßnahmen, dem bloßen Bewerbertraining und wieder zu wirklich längerfristigen Qualifizierungen kommen, die auch nachhaltig wirken. Wir reden überall und immer über lebenslanges Lernen. Das gilt auch für ältere Arbeitnehmer. Dann müssen wir dies aber auch organisieren und politisch durchsetzen.

Öffentliche Gütervorsorge, dazu habt ihr euch ja auch ausgesprochen, kann ich auch unterstützen. Es gab eine Kampagne dazu, die schon etwas länger zurückliegt, die wurde von den öffentlichen Dienst-Gewerkschaften europaweit durchgeführt. Die öffentliche Daseinsvorsorge war ein zentraler

Punkt von uns, weil ja gerade diejenigen, die im Moment großen Stimmenzuwachs bekommen, die FDP, sich immer damit gebrüstet haben: jeder ist sich selbst der Nächste und deshalb sollte privatisiert, sollte dereguliert werden. Deshalb finde ich, kommt es schon darauf an, dass wir hier auch öffentliche Daseinsvorsorgen durch den Staat positiv in den Vordergrund stellen und nicht nur immer negativ über den Staat als solchem reden. Ich finde, das kann in dieser Form nicht akzeptiert werden, und da liegen wir auf einer Wellenlänge.

Das Thema Umwelt und ökologische Erneuerung, dazu sind ja auch Beispiele hier bereits aufgeführt worden. In den Gewerkschaften hatten wir, wenn ich das richtig erinnere, bereits in den 1980er Jahren dazu eine breite Diskussion. Die ist dann aus verschiedenen Gründen verebbt, aber damals hatten wir sehr heftig diskutiert über das Thema qualitatives Wachstum. Das war immer ein ganz wesentlicher Punkt gewesen, da man sich nicht vorstellen konnte, dass das immer nur so weitergeht: Wachstum, Wachstum, egal welche Auswirkungen es hat. Es sollten unserer Meinung nach auch umweltschonende Produkte entwickelt werden.

Diese Ideen gewinnen jetzt auch wieder zunehmend in den Gewerkschaften an Bedeutung. Dabei taucht natürlich auch die Frage auf, wie geht es insgesamt mit Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung weiter. Denn wir können nicht einfach wieder so tun, als ob nichts gewesen wäre, als ob es keine Finanzspekulation gegeben hat und sagen: So, jetzt setzen wir weiter wie Ackermann auf 25 % Rendite, auf ein „weiter so“. Hier diskutieren wir beispielsweise über eine ökologische Ausrichtung der Industriepolitik. Diese Diskussion findet auch in den Gewerkschaften statt und wir werden uns als DGB hier im Norden demnächst dazu auch einbringen.

Zum Thema Finanzierung: Es ist klar, dass man hier natürlich die Bankenaufsichtsbehörden, die Steuerbehörden usw. in die Pflicht nehmen muss, zum Beispiel das erforderliche Personal aufzustocken, so dass die Leute auch ihre Arbeit leisten können. Und nicht unliebsame Steuerfahnder irgendwo in den Ruhestand geschickt oder aus dem Job gedrängt werden, um unbequeme Nachforschungen zu be- und verhindern.

Der DGB hat sieben Eckpunkte für die Steuerpolitik veröffentlicht, weil es für uns ganz wichtig ist, ein gerechtes Steuersystem zu haben und die Leistungsstarken zur Finanzierung des Gemeinwesens mit heranzuziehen. Das wird auch eine der nächsten gesellschaftspolitischen Herausforderung sein.

Ich begrüße es, dass ihr für Hamburg eine realistische Perspektive aufzeigen wollt, wie hier Arbeitslosigkeit abgebaut und sinnvolle Beschäftigung organisiert werden kann. Ich will abschließend noch den Hinweis geben, da ich es auch mit Mecklenburg-Vorpommern zu tun habe: In der Vergangenheit haben wir schon mal ein Arbeitsmarktprogramm entwickelt. 50.000 oder 70.000 waren es, glaube ich, die wir für Mecklenburg-Vorpommern gefordert haben, etwa durch Förder- und Wohnungsbau. Das waren Förderungen und Sanierungen in den unterschiedlichsten Bereichen, die wir in den Jahren 1990 bis 1995 diskutiert und politisch gefordert haben. Ich glaube, die Menschen nehmen es positiv an, wenn sie sehen, dass man sich unmittelbar und direkt um ihre Probleme und Bedürfnisse kümmert. Deswegen ist es keine Wolkenschieberei, so etwas konkret zu unternehmen. Dass das Herr Professor Schmidt-Trenz alles anders sieht, ist klar, aber das muss ja hier nicht unsere Leitschnur sein. Insofern wollte ich es euch nur ermuntern, diese Diskussionen öffentlich weiter zu führen und euch nicht durch Kritik beirren zu lassen.

## **Ralf Krämer**

Liebe Kollegen und Kollegen, mein Name ist Ralf Krämer. Ich komme von ver.di aus der Bundesverwaltung, aus dem Bereich Wirtschaftspolitik. Dass wir grundsätzlich solche Forderungen, solche Programme unterstützen und begrüßen, ist glaube ich klar. Ver.di selbst fordert auf Bundesebene ein großes Konjunkturprogramm und ein großes Zukunftsinvestitionsprogramm. Im Moment fordern wir ein Volumen von zusätzlich zu dem, was jetzt ja schon läuft, 100 Milliarden Euro pro Jahr für die nächsten drei Jahre. Dabei sollen als längerfristiges Programm die öffentlichen Ausgaben um 50 Milliarden im Jahr erhöht werden. Wir versprechen uns von diesem großen Programm ungefähr zwei Millionen Arbeitsplätze, die gesichert und geschaffen werden können und dauerhaft dann zusätzlich eine Million Arbeitsplätze, die durch das Zukunftsinvestitionsprogramm zusätzlich geschaffen werden können. Insoweit ist, glaube ich, die grundsätzliche Übereinstimmung klar.

Ich will nicht alles wiederholen und bekräftigen, was schon vorgetragen worden ist, sondern mich auf ein paar Punkte konzentrieren oder sie auch benennen, wo ich denke, dass einige Modellannahmen und Berechnungen nochmal nachgeprüft und nachgerechnet werden sollten. Denn wenn es um die Details und einzelne Zahlen geht, dann kann man, glaube ich, noch ein

bisschen skeptisch sein. Das wird vielleicht schon bei den Zahlen deutlich, die ich gerade genannt hab' für unsere bundesweiten Forderungen. Die sind allerdings verbunden mit Gegenfinanzierungsmaßnahmen, also mit höheren Steuereinnahmen, die wiederum dazu führen, dass auch ein Stückweit Nachfrage entzogen wird. Aber wenn man das quasi runterrechnen würde auf Hamburg und einmal Pi mal Daumen 2½ % des Gesamtkuchens für Hamburg ansetzt, dann hätten wir, wenn wir die zwei Millionen Arbeitsplätze nehmen, hier auch 50.000, allerdings mit einem Mindesteinsatz von 2½ Milliarden Euro, also deutlich mehr, um einen entsprechenden Nettoeffekt zu erzielen.

Dass das alles notwendig ist, denke ich, ist klar. Wir dürfen uns da auch nicht irre machen lassen durch die positiven Meldungen, die jetzt im Moment kommen, dass irgendwie die Krise gewissermaßen schon wieder zu Ende ist und es jetzt wieder aufwärts geht. Was im Moment passiert, ist, dass eine gewisse Stabilisierung einsetzt, also es nicht ständig noch immer weiter runter geht. Aber diese Stabilisierung ist im Industriebereich, im Exportbereich bei 20 % unter dem Vorjahresniveau, und gesamtwirtschaftlich werden wir dieses Jahr 5 % oder noch mehr Minus haben. Es ist überhaupt nicht absehbar, dass es dann in den kommenden Jahren zu einem Wiederaufschwung kommt, sondern es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit ab diesem Winter stark steigen wird. Das ist durch die Kurzarbeit bis jetzt massiv aufgehalten worden, aber die Arbeitslosigkeit wird in diesem Winter über 4 Millionen gehen, auch was die offiziellen Zahlen angeht. Wir gehen auch davon aus, dass sie im weiteren Verlauf 2010 steigen wird. Vielleicht werden jetzt viele Politiker sagen, wir werden im Jahre 2010 keine 5 Millionen Arbeitslose haben. Wer weiß, vielleicht stimmt es sogar im Jahresdurchschnitt, aber im nächsten Winter, also im Winter 2010/2011, gehe ich davon aus, dass wir auch die 5 Millionen Anfang 2011 offiziell überschreiten werden.

Wir werden das sehen, aber auf jedem Fall ist klar: Das Wachstum der Arbeitslosigkeit liegt noch vor uns und das wird dann auch dazu führen, dass die Nachfrage im Konsumbereich noch stärker zurückgeht. Die Abwrackprämie läuft noch 2009 aus, auch das bisherige Konjunkturprogramm läuft 2010 aus. Diese Konjunkturprogramme sind erst mal von der Quantität letztlich unzureichend, sie sind auch falsch zusammengesetzt, weil sie nicht vorrangig auf öffentliche Investitionen setzen, weil sie überhaupt nicht die öffentliche Beschäftigung berücksichtigt haben, aber drin haben sie diverse Steuersenkungen, insbesondere für den Unternehmensbereich, die dauerhaft wirken. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass dann, wenn diese Programme auslaufen, also ab 2011,

die staatliche Politik wirklich restriktiv wirken wird und dazu führen wird, dass wir wirklich in den Jahren 2011/12/13 keinen neuen Aufschwung haben, sondern eine anhaltende Stagnation oder Schlimmeres. Und die ganze Sache wird ja noch dadurch verschärft, dass Bund und Länder sich selber diese Schuldengrenze verordnet haben, die auch ein Problem darstellt für solche Programme, weil sie praktisch Ländern dauerhaft verbietet, Schulden aufzunehmen. Absolut abenteuerlich.

Jetzt zu den einzelnen Punkten. Zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Ver.di fordert die Ersetzung von Ein-Euro-Jobs durch reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Da gibt es völlige Übereinstimmung. Ich würde trotzdem etwas zurückhaltender sein mit der Entwicklung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, weil es immer ein gewisses Problem oder einen Widerspruch gibt: Die Ein-Euro-Jobs sind ja im Prinzip eine Arbeitsmarktmaßnahme, und wenn wir sie ersetzen durch reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, die möglichst tariflich, aber zumindest im Mindestlohnbereich angesiedelt ist (und das was hier vorgeschlagen wird von euch, in dem Finanzierungspaket wird's dann deutlich, bewegt sich am Ende auch auf ein Mindestlohniveau von 10 Euro die Stunde), dann ist das also nicht das, was tariflich im Öffentlichen Dienst anfallen würde. Das ist vielleicht ein Stückweit zu begründen, wenn es um sogenannte Problemgruppen des Arbeitsmarktes geht, die man schwer unmittelbar in normale tarifliche Beschäftigungsverhältnisse reinkriegen kann. Aber wenn es jetzt darum geht, dass dauerhaft bestimmte Bedarfswelder besser abgedeckt werden müssen, dass zum Beispiel im Bereich Jugendarbeit, Kultur, Sozialarbeit, Bildung mehr Beschäftigung organisiert werden muss, dann muss das dauerhaft vorrangig im Bereich des Öffentlichen Dienstes passieren, mit ganz regulären Stellen im öffentlichen Dienst und nicht unter dem Label „öffentlicher Beschäftigungssektor“.

Selbst, wenn man in bestimmten Bereichen sagt, das muss nicht alles der Staat machen, da gibt es gemeinnützige Träger, die gibt es ja schon im Bereich der Jugendarbeit, der Wohlfahrtspflege und so weiter, dann ist es auch notwendig, Anforderungen zu formulieren, was die tarifliche Bezahlung und was Qualifikationsanforderungen angeht. Also da muss man aufpassen, was die Arbeitsmarktpolitik einerseits angeht und andererseits die dauerhafte Ausweitung von Beschäftigung in diesem Bereichen. Und insoweit gibt es natürlich auch völlige Übereinstimmung, was die Frage der Ausweitung bei der öffentlichen Güterversorgung anbetrifft; im Kern läuft das ja auf mehr Beschäftigung im Öffentlichen Dienst hinaus. Natürlich muss der Personalabbau da gestoppt werden, brauchen wir wieder mehr

Beschäftigung im Öffentlichen Bereich, und zwar im Bildungsbereich, im Bereich Kindertageseinrichtungen, im Gesundheitswesen. Da bestehen massenweise Bedarfe, so dass sich das auch aus der Sache heraus ohne weiteres begründen lässt, auch mehr als die hier genannten 6.000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Die Frage ist natürlich im Endeffekt dann die der Finanzierung.

Auch der weitere Punkt „Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Umwelt“ entspricht unseren Vorstellungen. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm, das wir fordern, hat einen wesentlichen Schwerpunkt neben dem Bereich Bildung: soziale Dienstleistungen im Bereich ökologischer Umbau, Energieeinsparung, Umbau des Energiewesens, Umbau des Verkehrssystems. Und das sind natürlich in hohem Maße Infrastrukturinvestitionen der Kommunen, das sind Auftragsvergaben auch an private Unternehmen. Da kann man dann diskutieren und auch mal ein bisschen Fragezeichen machen, wie hoch im Einzelnen die Beschäftigungseffekte sind für das Geld, was ausgegeben wird, also wie hoch dann diese bereits angesprochenen Multiplikatoreffekte tatsächlich sind. Wenn man sich anguckt, dass diese Multiplikatoreffekte so laufen, dass Menschen, die zusätzlich beschäftigt werden, dann auch mehr Einkommen haben, das man wieder ausgibt, muss man auch in Hamburg davon ausgehen, dass ein erheblicher Teil der Ausgaben letztlich nicht durch Güter und Leistungen gedeckt wird, die in Hamburg produziert werden. Und je kleiner die Region ist, die man betrachtet, umso größer ist eine solche Nachfrage, die dann in umliegende Regionen oder auch in andere Länder geht. Insgesamt gibt es eben doch unterschiedliche Schätzungen, was die Größe der Multiplikatoren angeht, je nachdem, wie kurz- oder längerfristig man sie auch betrachtet. Also, da wäre ich etwas zurückhaltender, was die Zahl der Arbeitsplätze angeht, die damit zu schaffen sind, als das hier angenommen wird.

Wobei aber bei dieser Geschichte grundsätzlich noch folgendes Argument wichtig ist: Auch die FDP und die anderen, die Steuern senken wollen, argumentieren mit Multiplikatoreffekten und sagen, wenn wir die Steuern senken, dann haben die Leute mehr Geld, dann geben sie mehr Geld aus und das schafft Arbeitsplätze. Nun zeigen aber alle Untersuchungen, die es da gibt, dass, egal wie hoch diese Multiplikatoren im Einzelnen geschätzt werden, die Multiplikatoren für öffentliche Ausgaben und insbesondere Investitionen und Personalausgaben allemal mindestens doppelt so hoch sind wie irgendwelche Multiplikatoren von Steuersenkungen. Das führt dann dazu, dass, wenn wir ein Programm machen, das öffentliche Ausgaben erhöht, und zur Finanzierung Steuern erhöht werden für die Reichen und für

finanzstarke Unternehmen, dann führt das per Saldo zu positiven Beschäftigungseffekten in erheblichem Umfang. Wenn man aber das macht, was FDP und CDU/CSU und sonst wer fordern, nämlich die Steuern zu senken und das dadurch zu finanzieren, dass man die öffentlichen Leistungen kürzt, dann kriegt man im Ergebnis nicht mehr Wachstum und Beschäftigung, sondern deutlich weniger Wachstum und weniger Beschäftigung als andernfalls. Und das muss man auch in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion sagen. Der Westerwelle und die FDP haben das eindeutig unseriöseste Finanzkonzept von allen, denn wenn man es alles zusammenrechnet, wollen die pro Jahr noch mal 100 Milliarden Euro Steuersenkungen machen, in einer Situation, wo der Staat sowieso mehr oder minder pleite ist und hohe Schulden macht. Das ist völlig absurd.

So, jetzt kommen wir schon zu der Frage der Finanzierung. Da wäre ich beim Punkt Steuergerechtigkeit. Da geht's ja um die Frage, mehr Einnahmen durch verstärkte Steuerprüfung und insbesondere Betriebsprüfungen zu erzielen. Das fordern wir als ver.di in der Tat auch. Wir haben mal im Zusammenwirken mit unserer Fachgruppe Finanzverwaltung abgeschätzt, was da so drin ist, und sind auf eine Mehreinnahme von etwa 12 Milliarden Euro im Jahr gekommen, auf Bundesebene, durch eine erhebliche Ausweitung der Steuerprüfung, Steuerfahndung usw. in allen Bereichen. Wenn man diese 12 Milliarden nun wiederum auf Hamburg runterbricht, dann ist man bei vielleicht 300 Millionen, aber die kommen nicht nur durch die Betriebsprüfung zustande, also bei den 12 %. Das ist, glaube ich, realistisch, weil die Gewerbesteuererinnahmen in Hamburg bleiben und nicht in Länderfinanzausgleich gehen. Aber hier steht was von einem Steuermehrergebnis von 4,2 Milliarden Euro, und das kann ich, wie gesagt, nicht nachvollziehen. Ich denke, dass insgesamt im Bereich dieser Steuerprüfung bzw. Steuerfahndung vielleicht Mehreinnahmen von vielleicht 50-100 Millionen Euro vorstellbar sind für Hamburg.

Also insgesamt würde es sich lohnen, wenn eine ganze Reihe dieser Punkte in diesem Konzept wesentlich fundierter nochmal nachgerechnet werden. Das lässt sich aber auch von mir und von niemandem so mal eben nebenbei machen. Wenn man das ernsthaft machen wollte, müsste man dafür Aufträge an ein Forschungsinstitut vergeben, das wird dann nicht ganz billig. Ich weiß nicht, ob die Fraktion oder wer auch immer sowas bezahlen können, aber da ist man auf jedem Fall in einem fünfstelligen Bereich. Bei Umschichtungen, die hier zur Finanzierung genannt sind, muss man, das ist aber bereits angesprochen wurden, in der Tat auch aufpassen und

gegenrechnen, wenn man da irgendwo an anderer Stelle was streicht. Hier ist z. B. eine Pferderennbahn genannt. Unabhängig davon, dass es sicherlich sinnvollere Möglichkeiten gibt, das Geld auszugeben, vielleicht auch beschäftigungsintensivere, muss man auch gegenrechnen, dass dann auch keine Leute beschäftigt werden, um diese Pferderennbahn zu bauen.

O. k., wenn ich alles zusammennehme, würde ich glauben, dass, wenn man das Gesamtkonzept quantitativ anguckt, die Zahl der Arbeitsplätze mit 40.000 - 50.000 ziemlich hoch angesetzt ist, die durch so ein Programm geschaffen werden. Wenn also der Finanzierungsbedarf bei einer knappen Milliarde liegt, dann liegt die zusätzliche Verschuldung doch höher als bei 400 Millionen, also eher bei 500 - 600 Millionen.

Das ändert nichts daran, dass das Programm und die Zielsetzung richtig und notwendig ist. Es macht nur nochmal deutlich, dass auch die Möglichkeiten, solche Politik auf Landesebene zu machen, ihre Grenzen haben. In letzter Instanz ist weiterhin die regionale Ebene für Finanzpolitik nicht von vorrangiger Bedeutung. Ausschlaggebend ist die Bundesebene, die Steuerpolitik, sind die Steuereinnahmen. Aber auch bestimmte Regelungen über die Ausgabenseite werden zentral auf Bundesebene entschieden, und das wird nochmal zugespitzt durch die Frage der Schuldenbremse. Es wäre wahrscheinlich sinnvoll, diese Problematik (in ein paar Wochen ist ja Bundestagswahl), auch noch einmal deutlicher zu machen. Denn diese Schuldenbremse soll ja die Handlungsmöglichkeiten von Ländern mutwillig weiter einschränken. Das ist Absicht, ein Element neoliberaler Politik. Ausgehend von der europäischen Ebene werden die Handlungsspielräume der Nationalstaaten und weiter dann in den Nationalstaaten die Handlungsspielräume der Länder und Kommunen weiter eingeschränkt und Bedingungen geschaffen, die eine neoliberale Politik gewissermaßen aufnötigen. Ja, insoweit brauchen wir wirklich einen sehr umfassenden Politik- und Richtungswechsel, um den es jetzt geht, und wird es notwendig sein, einerseits zu gucken, dass bei der Bundestagswahl so viel wie möglich erreicht wird und Schwarz-Gelb verhindert wird. Entscheidend ist, in den nächsten Jahren immer mehr politischen Druck zu entwickeln, um eine andere Politik durchzusetzen. Denn wir wissen, dass nur durch Wahlen allein sowas nicht passiert. Ja soweit.

#### *Frage von Peter Petersen zu den Größeneffekten der Steuererhebung*

Ja, Peter, nur ganz kurz, dazu ich kann nur sagen: Prüf das noch mal nach, die 4,2 Milliarden sind als Größenordnung zu hoch angesetzt. Ich bezweifle nicht die 12 %. Es ist wahr, ein Betriebsprüfer bringt so ungefähr 1 Million

pro Person im Jahr ein, und man kann sicherlich auch ein Stück weit rechnen, wenn man da jetzt noch ein paar zig weitere einstellt in Hamburg, dann könnten die vielleicht weitere knappe Millionen oder so etwas pro Person einbringen. Aber das hat irgendwo seine Grenzen. Natürlich werden viele Kleinbetriebe nie oder alle 100 Jahre mal geprüft, aber da kommt natürlich auch nicht viel rein. Bei den Großbetrieben gab es teilweise eine durchgehende Prüfung. Wir haben geschätzt, dass bei einer Einstellung von zusätzlichen 3.000 Betriebsprüfern auf Bundesebene ungefähr 3 Milliarden zusätzlich reinkommen könnten. Wenn man das auf Hamburg runter brechen würde, ist man bei 100 und ein paar Millionen, von mir aus 150. Aber jedenfalls in dieser Größenordnung unter 4,2 Milliarden. Insoweit würde ich da noch mal nachprüfen.

#### **Wolfgang Rose**

Ja, schönen guten Abend. Ich weiß jetzt natürlich gar nicht, was vor mir gesagt worden ist. Ich komme (das ist vielleicht auch ganz gut) gerade von der ver.di-Bundesverwaltung. Ich habe mir – so eine Reise nach Berlin und zurück ist ja immer eine gute Vorbereitung für die Sitzung danach – eben im Zug euer Papier durchgelesen.

Bekannt ist ja seit langem – ich spreche ja hier als Gewerkschafter -, das wir uns als Gewerkschaft ver.di in Hamburg, seit es die entsprechende Gesetzgebung gibt, massiv kritisch mit der Frage der Ein-Euro-Jobs in dieser Stadt auseinandergesetzt haben. Allerdings liegt mir daran, die beiden Gesichtspunkte, die bei dieser Kritik eine Rolle gespielt haben, noch einmal kurz anzusprechen. Der eine Gesichtspunkt bezieht sich auf die Frage der arbeitsmarktpolitischen Wirkung dieser Ein-Euro-Jobs, die erwiesenermaßen vergleichsweise gering ist und wenig mit dem Kriterium „Zusätzlichkeit“ zu tun hat, sondern viel mit der Ersetzung von Regularbeit durch Beschäftigungsmaßnahmen.

Wir erinnern uns, wer noch vor 10 oder 15 Jahren in Hamburg das öffentliche Grün bearbeitet hat, insbesondere die Kollegen aus den Bezirksämtern wissen darüber Bescheid. Und wer sich ansieht, wer diese Arbeit heute erledigt, der weiß, dass in diesem Bereich, in dem Arbeitsplätze mit niedriger Qualifikationsanforderung vorhanden sind, diese Arbeit heute mehr oder weniger vollständig von Ein-Euro-Jobbern gemacht wird. In vielen anderen Bereichen das Gleiche, nicht immer so extrem - das ist ja wirklich nicht die Funktion von Arbeitsmarktpolitik und hat auch in aller Regel wenig Integrationswirkung. Die Integrationsquoten um 20 %

herum sind erheblich niedriger als bei früheren Instrumenten von Arbeitsmarktpolitik.

Bei der Frage der Ein-Euro-Jobs ist für mich immer auch ein anderer Gesichtspunkt von zentraler Bedeutung gewesen, nämlich die Statusfrage. Während es vorher so war, dass ABM-Beschäftigungsverhältnisse und auch Beschäftigungsverhältnisse nach § 19 BSHG auf Basis von Arbeitsverträgen mit Sozialversicherung stattgefunden haben, ist mit den Ein-Euro-Jobs ein anderer Status eingeführt worden, der den Arbeitnehmer durch den Hilfeempfänger ersetzt. Und das ist eine Frage, die man nicht nur arbeitsmarktpolitisch betrachten darf, sondern die man auch betrachten muss unter dem Gesichtspunkt von Menschenwürde. Ich glaube, die Frage des Status eines Arbeitnehmers mit Arbeitsvertrag, mit Sozialversicherung, mit Mitbestimmung, mit Tarifbindung – das ist eine Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Und das war bis zu diesem Zeitpunkt auch für die Arbeitsmarktpolitik Maßstab, auch gerade hier in Hamburg.

Ich will daran erinnern, dass wir als frühere ÖTV hier in Hamburg Vorreiter waren mit einem Tarifvertrag für den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Nun sind Tarifverträge immer Kompromisse, insofern war der auch nicht das, was wir uns gewünscht hatten. Aber es war ein Tarifvertrag, der aus einer intensiven Debatte im öffentlichen Beschäftigungssektor mit Betriebsräten, soweit es sie dort gab, aber auch mit vielen sozialpolitisch engagierten Trägern zustande gekommen war. Dieser „Spezialtarifvertrag“ hatte spezifisch die Bedingungen gespiegelt, die sich innerhalb der befristeten Beschäftigungsverhältnisse von BSHG § 19, aber auch von ABM-Beschäftigten. Das empfand ich als eine Errungenschaft: Es gibt eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und diese Ordnung wird ausgehandelt im Rahmen von Tarifautonomie, neben den Bedingungen der Sozialversicherung und so weiter. Diese Errungenschaft ist damals von der Frau Schnieber-Jastram gekippt worden. Das hat damals dazu geführt, dass in der „Hamburger Arbeit Beschäftigung GmbH die Diakoniestorin Annegrethe Stoltenberg und ich aus diesem Aufsichtsrat zurückgetreten sind. Dieser Paradigmenwechsel der CDU hat bis heute Nachwirkung: Tarifgebundene und sozialversicherte Beschäftigungsmaßnahmen gibt es bis heute nicht wieder, stattdessen die bekannten 11.000 Ein-Euro-Jobber in unserer Stadt. Also hier muss man weiter fordern, vom Hilfeempfänger wieder zum Arbeitnehmer zurückzukommen mit den dazugehörigen Standards an Mitbestimmung, an Tarifbindung, an Arbeitsverhältnis, an Sozialversicherung.

Ich war schon immer Realpolitiker und weiß, dass man jetzt nicht 100 % seiner Position durchsetzen kann. Im Grundsatz finde ich die Aussage in Eurem Papier richtig, dass es diese Mehraufwands-Arbeitsverhältnisse gar

nicht geben darf. Wenn aber überhaupt, dann nur als „Ultima Ratio“, was sich dann auch in den entsprechenden Größenordnungen wiederfinden muss: Als kurzfristige, höchstens vierteljährliche Einstiegsmaßnahmen, die dann in den Arbeitnehmerstatus mit entsprechend definierten Arbeitsverhältnissen einfließen.

Die Frage, die sich meiner Ansicht nach bei der Arbeitsmarktpolitik auch noch stellt und die in dem Papier nicht weiter angesprochen wurde, ist die Frage: Wonach soll man die Arbeitsplätze in diesem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausrichten? Da kommt immer wieder diese doppelte Orientierung: Einerseits natürlich die Situation der betroffenen Erwerbslosen, die eine Chance auf Integration und, je mehr Vermittlungshemmnisse sie haben, auch zur sozialen Integration brauchen. Zum anderen müssen aber auch Gesichtspunkte wie Stadtteilorientierung mit ihren infrastrukturellen Bedarfen berücksichtigt werden. Diese Bedarfe gibt es in der Stadt und im sozio-kulturellen Bereich, aber auch im handwerklichen Bereich oder ähnlichem. Ich habe in den vergangenen Jahrzehnten immer festgestellt, dass diese beiden Komponenten oft dazu geführt haben, dass die Frage, welche Arbeitsplätze eingerichtet wurden für diesen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, sich mehr an den nicht finanzierten Bedarfen der Stadtteile orientiert hat als an den Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenzialen der Erwerbslosen und ihrer Perspektive für den ersten Arbeitsmarkt.

Also meiner Ansicht nach müsste prioritär danach geguckt werden, was sind Beschäftigungsperspektiven auf dem Hamburger Arbeitsmarkt und was sind die entsprechenden Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenziale, insbesondere bei den Langzeitarbeitslosen. Und wie kriegen wir es jetzt hin, diese beiden Punkte miteinander zu verknüpfen. Das muss dann nicht zwingend dem jeweiligen Stadtteil nützen. Ich sehe sonst die Gefahr, dass die Arbeitsmarktpolitik ein Stückweit instrumentalisiert wird für defizitäre Infrastrukturen in kulturellen und sonstigen Stadtteilbereichen. Das habe ich übrigens auch beim Durchlesen z.B. des Bremer Konzepts bemerkt, was ich im Prinzip nicht schlecht finde.

Stichwort Umschulung: Was hier drinsteht, ist weitgehend die Forderung von ver.di hier für Hamburg. Da ist vieles in der Zeit von Clement quantitativ und qualitativ systematisch kaputt gemacht worden. Da sitzt ja hier neben mir Peter Petersen, der das im Einzelnen viel besser beurteilen kann und in ver.di auch derjenige ist, der das immer wieder diskutiert und eingebracht hat. Weiterbildung wurde etwa um 2/3 runtergefahren, und qualitativ wurde das Ganze kaputtgemacht, indem man die kurzfristigen Effekte in den Vordergrund gestellt hat. Aber ich vermute, das habt ihr schon von mehreren hier gehört, insofern muss ich es nicht wiederholen.

Ja, dann kommen wir zur Finanzierung. Und da ist mir natürlich das Eine oder Andere bekannt vorgekommen ist. Ihr habt nun gesagt, weil es kurzfristig sein soll, dürfe man Vermögensteuer da nicht mit reinschreiben. Ich finde, die gehört immer da rein, weil es ein Symbol ist - und wenn man es wollte, war sie auch sehr kurzfristig einführbar, aber darüber brauchen wir nicht streiten. Man muss aber wissen, das gerade das DIW, das nicht verdächtig ist, arbeitnehmerorientiert zu sein, vor wenigen Wochen untersucht hat, welche Bedeutung die Vermögensbesteuerung sowohl von großen Vermögen als auch von Erbschaften über eine Million Euro hat. Die sind ja auf über 20 Milliarden gekommen. Da ist ver.di vor ein paar Jahren mit seinem Gutachten auch schon mal hingekommen. Daraus ergeben sich für Hamburg eine Milliarde mehr Einnahmen. Diese möglichen Einnahmen würde ich immer benennen, auch wenn sie nicht sofort zur Verfügung stehen. Auch die anderen Finanzierungsinstrumente, die Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfer, muss gestärkt werden. Als ver.di haben wir einen Beschluss schon im November 2008 hier in Hamburg gefasst, wo wir unterm Strich gesagt haben: 1,5 Milliarden sind erforderlich, und Hamburg darf sich nicht nur darauf beschränken, ohnehin beschlossene Investitionen vorzuziehen und das zwingend Notwendige an Kompensation zu den Bundesprogrammen zu finanzieren. Das ist nämlich im Moment der Fall. Und diese eigenständige Anstrengung ist möglich, das haben wir bei der HSH gesehen.

Bei dieser Debatte über die Bedeutung der Schulden in unserer Gesellschaft, diese Mythologie über die Belastung unserer Kinder und Kindeskinde und Kindeskindekinde, wird nicht gesagt, dass unsere Kinder und Kindeskinde ja auch die Werte überliefert bekommen, wenn investiert wird in Bildung, wenn Ausbildung und Qualifizierung und Infrastruktur.

Ein wenig irritiert hat mich die Debatte über Grundstücke und den damit verbundenen Verkauf an die Genossenschaften: Das habe ich bisher aber noch nicht richtig zu Ende überlegt. Ich bin ein gebranntes Kind durch die Immobilienverkaufspolitik des Hamburger Senats in den vergangenen Jahren, weil man ja immer wissen muss – und ich vermute das gilt auch in aller Regel auch für Grundstücke – dass man so etwas eben nur einmal machen kann und danach die bisherigen Einnahmen weg sind. Deswegen würde ich da ein Fragezeichen machen – aber ansonsten habe ich mich gefreut, dass es nun nach dem „Deutschlandplan“ der SPD auch einen „Hamburg-Plan“ der Linken gibt [...]

...

Ich fange mal mit einer Anekdote an: Ich habe mich im letzten Jahr geärgert, als zum ersten Mal die TU-Harburg damit beauftragt wurde, eine öffentliche Bürgerdebatte über den Hamburger Haushalt über Internet zu installieren. Denn auch damals war das Thema Einnahmeverbesserung des Haushalts relevant. Ich habe mich dann an meinen Computer gesetzt und versucht, meinen Vorschlag in den Hamburger Haushalt zu implementieren, um die Einnahmeseite zu verbessern. Ich wollte da nun den Punkt „Einnahmesteigerung durch mehr Betriebsprüfungen“ eingeben. Bis dahin war ich gekommen, und - wupp - kam mir das Schild entgegen: „Ist nicht vorgesehen“. Das war dieses Jahr wieder so. Deshalb habe ich in diesem Jahr ein bisschen Rambazamba gemacht mit denen. Die haben auch irgendwie gemerkt, dass sie sich nicht leisten können, das einfach so abzuschieben und schon haben sie mir einen 1 ½ stündigen Diskussionsauftritt angeboten, der sogar in der Zeitung angekündigt wurde. Ich kann euch aber sagen, das macht keinen Sinn: Diese 1 ½ Stunden sind ja keine öffentliche Diskussion. Alles spielt sich ausschließlich auf der Ausgabenseite ab.

Und wenn ich schon dabei bin, eine weitere Anekdote. Peiner hat 2004 im Mai in seiner Steuerschätzung in seiner Presseerklärung geschrieben, eine Steuerquote in Hamburg von damals 20,4 % reicht für die Finanzierung der öffentlichen Ausgaben in dieser Stadt nicht aus, ohne die zukünftigen Generationen zu belasten. Das stand wörtlich so drin. Daraufhin haben wir ihn natürlich mit unserer schärfsten Waffe, der Presseerklärung, gezwungen, zu antworten, ob der Verfassungsgrundsatz nicht zutrifft, dass öffentliche Aufgaben durch Einnahmen, also Steuern finanziert werden müssen. Dass dies z.B. durch Erhöhung der Vermögenssteuer oder andere Einnahmeverbesserungen erreicht werden muss, dass ist ja klar abzulesen. Auch hier das Beispiel für eine ideologische Position.

Dann nochmal ein Hinweis: Es gibt ein Diakoniekonzept von vor zwei Jahren, in dem zum Stichwort Arbeitsmarktpolitik durchgerechnet wird, wie die verschiedenen Finanzierungsinstrumente auf Bundesebene und Landesebene und in der Sozialversicherung wirken würden, wenn man sie zusammenführen würde – und dadurch bei einem normalen Arbeitsverhältnis ein sozialversicherungspflichtiges Entgelt zahlen würde. Man würde dabei mit diesem Geld bei einem Satz um etwa 1.400 Euro Monatslohn landen. Das ist allerdings auch eine relativ komplizierte Sache, weil da auch Sozialversicherungseffekte mit eingerechnet worden sind.

Weiteres Stichwort: Vor vier Jahren hat die Zeitschrift „Impulse“ eine Prüfung in Auftrag gegeben. Es ging um die Frage der Steuererhebung aller Finanzämter. Sie haben die Steuerberater der Unternehmen befragt. Es gibt 574 Finanzämter in Deutschland, und dabei sind zwei bemerkenswerte

Ergebnisse herausgekommen: Es ging erstens um die Frage, wer prüft am „pragmatischsten“, also am laxesten. Da war das Finanzamt für Großunternehmen in Hamburg auf Platz 573, also zweitletzter in dieser bundesweiten Untersuchung. Dann haben sie noch mal einen Ländervergleich der Prüfung von Finanzämtern gemacht. Dabei war Hamburg auf dem letzten Platz.

Also, der Steuervollzug in dieser Stadt ist meiner Ansicht nach schon verfassungswidrig, denn das Steuermonopol – das hat übrigens mal der Präsident des Hamburger Rechnungshofes gesagt – ist für die Demokratie genauso wichtig wie das Gewaltmonopol. Es ist die Frage, ob diejenigen, die in diesem Land leben und Steuern zahlen, davon ausgehen können, das das Steuermonopol den gleichen Stellenwert hat wie im zivilgesellschaftlichen Bereich das Gewaltmonopol: Dass wir nicht Wildwest haben, weder in der Gesellschaft noch im Bereich der Steuer.

Und dann als letzte Bemerkung: Arbeitszeitverkürzung. Norbert hat ja darauf hingewiesen, wie sich das in den Betrieben abspielt, und genauso ist das mit dem Lohn. Wir müssen vielmehr darüber reden, welche volkswirtschaftliche Bedeutung der Lohn hat, und gehabt hätte in den ganzen vergangenen Jahren. Heiner Flassbeck hat immer wieder deutlich gemacht, dass der zentrale Punkt der mangelnden binnenwirtschaftlichen Nachfrage in der Lohnfrage liegt. Trotzdem passiert in den Betrieben das Gegenteil, passiert diese Schizophrenie mit dem Lohndumpingplänen. Es passiert also genau das Gegenteil, und das treibt dann die Spirale nach unten; und die Doppelfunktion des Lohnes, nicht nur Kosten, sondern gleichzeitig auch Nachfrage zu sein, wird eben nicht berücksichtigt. Damit geht die Nachfrage immer weiter nach unten und produziert wachsende Arbeitslosigkeit. Das ist die Situation, und jeder Unternehmer will natürlich – das wissen wir alle – das „alle anderen“ Unternehmen möglichst gute Löhne zahlen, damit seine Produkte und Dienstleistung gekauft werden. Das hat ein alter Mann mit einem langen Bart schon mal erzählt, trotzdem ist es immer wieder in einer konkreten Situation fürchterlich, das mitzuerleben. Und es ist schwierig, es in den Betrieben zu diskutieren.

### **Norbert Hackbusch**

Ich bin Norbert Hackbusch von der Bürgerschaftsfraktion. Ich möchte ein bisschen was einsortieren. Wir stehen vor der Situation, dass die Arbeitslosigkeit dramatisch zunehmen wird. Wir haben den Eindruck, dass es ein riesiges Thema sein wird, in dem wir politisch sehr schnell und sehr offensiv vorgehen müssen. Das machen wir auf der einen Seite natürlich mit allgemeinen Diskussionen, aber das Wichtige ist, eben auch hier ein

Konzept zu haben: mit Hamburger Mitteln in der Lage zu sein gegenzusteuern.

### **Hamburger Beschäftigungsprogramm**

Wir fordern Arbeitsplätze, die notwendig sind und die auch politisch eigentlich von einer übergroßen Mehrheit in der Gesellschaft gewollt sind. Damit wollen wir auch gegen diejenigen argumentieren, die nach dem Motto verfahren „na ja, die Arbeit geht doch aus und sie fließt sonst wo hin“. Wir dagegen sagen: Im öffentlichen Bereich gibt es so viele wichtige Tätigkeiten, die zu machen sind und normal bezahlt werden müssen. Wir fordern das als politisches Programm und treten auch damit auf.

Ich glaube, dass das eine unserer wichtigsten Aufgabe sein wird, praktisch nach den Bundestagswahlen damit aufzutreten. Natürlich ist es so, dass es einige dieser Forderungen nur auf Bundesebene geschehen können, da hat Wolfgang ja völlig Recht: Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und all diese Momente sind als Einnahmeseite Bundesangelegenheit. Aber wir wollen natürlich auch betonen: wir können in Hamburg unabhängig jetzt mit einem solchen Programm loslegen. Denn wir kennen das ja aus unseren Debatten in der Bürgerschaft. Da geht es denn nach dem Motto „Das können wir auf nur Bundesebene machen, was debattierst du das hier“, das ist bloßes Hinhalten. Es geht nach der Methode „Huhuhu, das kann man nicht im Bezirk machen, das kann man nicht in Hamburg machen, das kann nicht auf Bundesebene, das kann nur auf europäischer oder Weltebene machen“ – und nachher kann man gar nichts machen.

### **Arbeitszeitverkürzung**

Das zweite neben diesem Beschäftigungsprogramm für Hamburg ist die Frage der Arbeitszeitverkürzung. Das Thema der Arbeitszeitverlängerung, das jeder von uns im Moment im Betrieb hat, ist wirklich dramatisch; und dagegen anzutreten zu versuchen, politisch etwas dagegen etwas zu machen, ist sehr wichtig. Auch das gehört dann eben auch zu den Sachen, die auch nicht auf Hamburger Ebene entschieden werden. Auf Hamburger Ebene ist aber die Idee, einen zusätzlichen Feiertag, den 08. März, anzugehen. Das ist auch eine Arbeitszeitverkürzung, auch wenn die Arbeitsplatzeffekte dabei nicht so richtig groß sind. Trotzdem werden wir das machen. (Zwischenruf Wolfgang Rose: „Ich wusste immer, dass du ein Feminist bist!“). Wir beiden zusammen, das zu machen, das wäre doch eine spannende Angelegenheit, das wäre doch spannend.

Ich will noch eine kleine Sache hinzufügen: Das Papier insgesamt gefällt mir gut, an einzelnen Punkten kann man nochmal arbeiten. Einer meiner Finanzierungsmomente, die Grunderwerbsteuer, ist nicht mehr aufgeführt, nachdem jetzt so eine kleine Erhöhung gemacht worden ist vom schwarz-grünen Senat. Ich denke, dass da noch ein Potenzial ist, auch von der Grundüberlegung her: Warum ist das eigentlich so, dass in dem Moment, wo ich ein Grundstück erwerbe, ein so kleinen Satz an Steuern bezahlt muss, während ich, wenn ich ein Eis kaufe, dafür 19 % bezahle. Das ist irgendwie, finde ich, unheimlich schwer, das sollten wir noch mal debattieren. Warum eigentlich ist das eine so teuer, wird praktisch mit der Mehrwertsteuer belegt, und die Grunderwerbsteuer wird so gut wie gar nicht versteuert.

Letzte Bemerkung: Wir selber müssen natürlich auch zugeben, dass wir als Fraktion erst lernen. Wir sind noch nicht so lange in der Bürgerschaft, wir müssen erst langsam bestimmte Punkte zusammenschreiben. Dementsprechend versuchen wir auch, möglichst viel Hilfe von allen möglichen Quellen zu bekommen und unser Wissen langsam anzureichern. Das ist nicht in allen Feldern gleich da. Die Arbeitsmarktpolitik ist zwar ein wichtiges Thema, aber wir merken, es noch viel Fachwissen in der Fraktion fehlt. Dementsprechend sind wir auch immer angewiesen auf Unterstützung und auf Ideen und Möglichkeiten, solche Diskussionskreise zu machen, wo wir unsere Positionierung noch genauer finden. Wir haben einen ersten Schritt gemacht, dass wir einen Schutzschirm für die Menschen gefordert haben. Diese Debatte haben wir in die Bürgerschaft reingebracht, und aus diesen Sachen werden sicherlich noch weitere Momente folgen, die wir dann in die Bürgerschaft einbringen.

## Diskussion (Zusammenfassung)

### Renate Hercher-Reis

Renate Hercher-Reis (Mitarbeiterin von Elisabeth Baum und Bezirksversammlungs-Abgeordnete in Hamburg-Mitte) äußert ihre Bedenken dagegen, dass die im Konzept geforderten Beschäftigungsverhältnisse quasi an einen Mindestlohn von etwa 10 Euro geknüpft seien. Für sie als Langzeitarbeitslose sei es wichtig, die Einhaltung bzw. Rückkehr zu Tarifbedingungen einzufordern. So habe man ihr, als langjährig in der IT-Branche Beschäftigte, neulich eine Sachbearbeiterstelle für 8,70 Euro angeboten. „Dann habe ich die gefragt, ob sie einen nassen Hut aufhaben“. Die Gewerkschaften müssten also wieder gestärkt werden, damit sich das Lohnniveau wieder einigermaßen einpendelt. Ein zweiter Punkt sei die Weiterbildung. Sie habe einmal als IT-Dozentin bei der Grone-Schule gearbeitet und dabei erlebt, auf welchem niedrigem Niveau die Teilnehmer ausgebildet würden. Diese Thematik müsse man genauer beleuchten.

### Peter Petersen

Peter Petersen erwidert darauf, dass der „Mindestlohn“ nur als Rechenbeispiel zu verstehen sei und sei keine Forderung. Es gehe um reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die 10 Euro als Mindestlohnforderung beziehe sich auf die Forderung der LINKEN von deren letzten Parteitag. Auch er, Petersen, sei bei Grone beschäftigt. Grone habe 35 Tochterunternehmen. Der Teil, in dem Umschulungen stattfänden, sei ein Restbetrieb mit fünf Festangestellten. Er gäbe Renate recht, dass größtenteils katastrophale Bedingungen in der Weiterbildungsszene herrschten, auch was die Beschäftigungsbedingungen der dort Beschäftigten und der Honorarkräfte anbetreffe. Teilweise würden freischaffende Lehrkräfte mit 10 Euro die Stunde abgespeist.

### Rainer Volkmann

Er freue sich, dass von seinem Nachbarn Norbert Hackbusch auf die Finanzierungsmöglichkeiten für das Programm hingewiesen wurde und er dabei auch die Grunderwerbssteuer und die Grundsteuer genannt habe. Die AG habe aber diese Forderung nicht aufgenommen, weil sonst der Eindruck hätte entstehen können, die LINKE sei eine „Steuererhöhungspartei“. Man

müsse darüber noch einmal reden. Bei der Grunderwerbssteuer handle es sich um Landes- bzw. Gemeindesteuern. Der Senat habe bekanntlich die Grunderwerbssteuer erhöht und diese Mittel seien vermutlich verplant.

### **Horst Bethge**

Horst Bethge verweist darauf, dass es entsprechende Listen gäbe, in welchen Stadtteilen Ein-Euro-Jobber beschäftigt seien. In Wilhelmsburg z.B. gäbe es auch ein Stadtteilkonzept, wie dort im Rahmen der Stadtentwicklung regionale Arbeitsplätze entstehen könnten. Das sei aber abgebugelt worden. Für ihn sei die Hauptfunktion des Papiers, Phantasie zu entwickeln und Druck zu machen, wie in den Stadtteilen reguläre Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Vergessen dürfe man auch nicht das Thema der Arbeitszeitverkürzung. Die sei zwar als allgemeine Forderung im Papier enthalten, aber nicht dahingehend, in welchen Bereichen entsprechende Arbeitszeitverkürzungen sich auswirken würden. Bei einer weiteren Überarbeitung des Papiers müsste dieser Punkt, in Zusammenhang mit den stärker aufkommenden gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, stärker berücksichtigt werden.

### **Michael Greve**

Michael Greve ist in der Personalabteilung eines Beschäftigungsträgers tätig. Er kenne die Problematik der Ein-Euro-Jobber aus der täglichen Praxis. Er frage sich, wie mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Er schlägt ein Mittel vor, dass aus der Schwerbehindertenabgabe bekannt sei. Jeder Arbeitgeber müsse eine Fehlbelegungsabgabe zahlen, wenn er nicht mindestens 5 % seiner Arbeitsplätze belegt. Er empfehle den Gewerkschaften, von den Unternehmen eine Art Fehlbelegungsabgabe zu fordern, wenn nicht – beispielsweise – 5 oder 10 % über 50-Jährige beschäftigt würden. Wenn das nicht akzeptiert würde, sollten Aufträge, die bisher in Billiglohnländer vergeben werden, an Beschäftigungsträger mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen übertragen werden.

### **Ralf Krämer**

Ralf Krämer geht auf die in der Diskussion geforderte Ausweitung der Teilzeitarbeit (hier nicht protokolliert) kritisch ein, weil dies eine zweischneidige Sache sei. Die Hauptaufgabe sei doch, existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Das sei mit einer Vielzahl von Teilarbeitszeitplätzen nicht zu erreichen (von einigen hochqualifizierten

Bereichen abgesehen). Die seit Jahren steigende Teilzeitquote sei in vielen Fällen nicht freiwillig, sondern ein Ausdruck von Lohndumping und eines steigenden Niedriglohnssektors. Der in der Diskussion genannte Vorschlag zur Beschäftigungssicherung von über 50-Jährigen mit Hinweis auf die Billiglohnländer greife zu kurz. Die Exportüberschüsse, die auch einen Export von Arbeitslosigkeit zur Folge hätten, kämen primär dadurch zustande, weil wir zu wenig einheimische Nachfrage hätten, als Folge der sich seit vielen Jahren verschlechternden Lohnentwicklung. Diese Entwicklung müsse gestoppt und umgekehrt werden, der Schrumpfung der öffentlichen Beschäftigung und der sozialstaatlichen Ausgaben müsse Einhalt geboten werden.

### **Elisabeth Baum**

Elisabeth Baum stellt an die Experten die Frage, wie hoch der volkswirtschaftliche Schaden einzuschätzen sei, der durch die Überstunden entstehe, ob es sich nun um genehmigte oder graue Überstunden handle. Sie arbeite im Einzelhandel, und gerade im Osten sei festzustellen, dass Vollzeitkräfte abgebaut und auf Teilzeitarbeitskräfte umgestellt würden. Nur, dass diese Teilzeitarbeitskräfte trotzdem 40 Stunden arbeiten würden, das aber nicht bezahlt bekämen. Das sei eine Vernichtung von Arbeitsplätzen. In Hamburg sei die Situation nicht anders: „Ich kriege jedes Mal die Hasskappe, wenn ich auf die Stempelkarten gucke“.

### **Wolfgang Rose**

Wolfgang Rose weist darauf hin, dass das Thema Teilzeit häufig unter dem Aspekt der Arbeitszeitverkürzung gesehen würde. Umfragen hätten ergeben, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer am liebsten um die 30 Stunden arbeiten würden. Dies wäre durch die enorm gestiegene Produktivität auch kein Problem. Es sei ein Verteilungsproblem. Abgesehen von gewissen familiären Situationen, die auch Teilzeitarbeit sinnvoll machen, müsse die Arbeitszeitverkürzung ein generelles Ziel bleiben. Und was die Steuern anbetraf: Steuern seien da, um zu steuern. Es gehe nicht daran, Steuern entweder zu senken oder zu erhöhen, es käme auf den Sachverhalt an. Bei den Vermögenden wolle man die Steuern erhöhen, nicht aber bei den Geringverdienern und sozial Schwachen, etwa über den Weg der Mehrwertsteuererhöhung. Gegen eine „Abwanderung von Arbeitsplätzen“ sei im Prinzip nichts einzuwenden, wenn dadurch in den weniger entwickelten Ländern Beschäftigung und Qualifizierung gefördert würden, um Ansprüche auf bessere Lohnbedingungen zu begründen. Das Thema Überstunden sei, zumal in der jetzigen Krise, ein wirklich

schwieriges Thema. Das zeige sich in den Betrieben, da habe die Gewerkschaft nicht selten das Problem, dass sich Betriebsräte nicht immer so verhielten, wie sie es – als Gewerkschafter – tun sollten, also Überstunden häufiger abzulehnen und die Unternehmen aufzufordern, Einstellungen vorzunehmen. Der Vorschlag, die Teilzeitarbeit auszudehnen, sei nicht geeignet, das Beschäftigungsproblem anzugehen. Er plädiere dagegen für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Dann würden die Lohnabhängigen an den Produktivitätssteigerungen teilhaben.

### **Reinhild Schwardt**

Auch sie sei dagegen, die Teilzeitarbeit auszuweiten. Anwesend seien ja eine Reihe von Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, sie sei auch eine. Sie möchte für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich plädieren. Die Lohnabhängigen würden an der stetig steigenden Produktivität teilhaben. Warum könnten die Gewerkschaften in Tarifverhandlungen nicht fordern, einen Teil der Tarifforderungen in Form von mehr Freizeit zu fordern, was ja auch den Familien und den Arbeitslosen zugute käme? Außerdem bedeute das auch eine indirekte Lohnerhöhung.

### **Hartmut Obens (Schlusswort)**

Wir möchten noch einmal den Dank unserer Arbeitsgruppe an die Teilnehmer, an unsere Gäste und Experten aussprechen. Ich habe eine ganze Reihe an Anregungen erhalten. Das, glaube ich, gilt für alle, die in dieser Arbeitsgruppe mitarbeiten. Ich habe sehr erwägenswerte Einwendungen gehört zur Frage der steuerlichen Prüfung, zu den haushaltspolitischen Fragestellungen, zur Frage der Hamburger Effekte von Arbeitszeitverkürzungen. Das Thema Arbeitszeitverkürzungen ist natürlich ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben also noch einiges zu tun; und um auf deine (Norbert Hackbuschs) Frage zu kommen: Wir werden das auch nicht direkt in den Wahlkampf einbauen und große Plakate aufhängen („50.000 neue Arbeitsplätze für Hamburg“). Das haben wir so auch nicht geplant. Wir wollen, wenn die politischen Aufgabenstellungen sich zuspitzen – ich erinnere daran, was Norbert (Hackbusch) gesagt hat – die Kompetenz zu dieser Frage bündeln und dieses Sachwissen z. B. der Bürgerschaftsfraktion zur Verfügung stellen und auch weitere Diskussionsprozesse in der Partei DIE LINKE in Hamburg initiieren. Es geht uns darum, sachkundiger, aus Hamburger Sicht, ohne bundespolitische Prämissen auszublenden, die politische Machbarkeit von arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Alternativen nachzuweisen. Das ist die Hauptaufgabe dieses Papiers, das ist schon `ne Menge Holz. Wir werden nicht alle Fragestellungen, die hier aufgeworfen worden sind, lösen können. Wir werden Anstöße geben können. Wir wollen uns aber konzentrieren auf die Frage der Massenarbeitslosigkeit in Hamburg und der Finanzierbarkeit und Umsetzbarkeit unserer Alternativen. Wenn uns das gelingt, besser als bisher, dann hat diese Arbeitsgruppe, dieses Papier und der heutige Abend einen ganz riesigen Erfolg gebracht.

**DIE LINKE. Fraktion**

in der Hamburgischen Bürgerschaft

Rathausmarkt 1

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 428 31 - 22 50

Telefax: 040 / 428 31 - 22 55

[info@linksfraktion-hamburg.de](mailto:info@linksfraktion-hamburg.de)

**Abgeordnetenbüro Elisabeth Baum**

Curienstr. 2

20095 Hamburg

Telefon: 040 / 18 12 18 03

[elisabeth.baum@linksfraktion-hamburg.de](mailto:elisabeth.baum@linksfraktion-hamburg.de)

Mitarbeiterin Olga Fritzsche

Telefon: 040 / 18 12 18 02

[elisabeth.baum.ma2@linksfraktion-hamburg.de](mailto:elisabeth.baum.ma2@linksfraktion-hamburg.de)